

## **Von der Solidarität zur Wirkung - Wie Luxemburgs Sozial- und Solidarwirtschaftswirtschaft ihre Wurzeln verliert.**

Überlegungen zum « Global Government Council for Social Innovation » welcher vom 9 bis zum 11 April in Luxemburg stattgefunden hat.

In den frühen 2000er-Jahren stand Luxemburgs Solidarwirtschaft im Zeichen einer radikalen Idee: soziale Gerechtigkeit durch kollektives Handeln, demokratische Selbstorganisation und lokale Verantwortung. Projekte wie Objectif Plein Emploi (OPE), in Zusammenarbeit mit dem OGBL ins Leben gerufen, verkörperten dieses emanzipatorische Modell. Ziel war nicht nur die Wiedereingliederung Arbeitsloser, sondern die Entwicklung einer alternativen Wirtschaftsweise, die sich explizit gegen Marktzwänge und Wachstumslogik stellte.

Heute, zwei Jahrzehnte später, ist von diesem ursprünglichen Anspruch wenig übrig. Zwar gibt es weiterhin soziale Initiativen, gefördert durch das Ministerium für Sozial- und Solidarwirtschaft oder vertreten durch Netzwerke wie ULESS. Doch das Leitbild hat sich grundlegend gewandelt: Wo früher Solidarität und Teilhabe standen, dominieren heute Begriffe wie „Social Entrepreneurship“, „Wirkung“ und „soziale Innovation“.

Dieser Wandel ist nicht nur semantisch. Er spiegelt eine tiefgreifende Veränderung in der politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung wider – mit gravierenden Folgen für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Kultur. Denn die neue Generation von Sozialprojekten verfolgt in vielen Fällen nicht mehr das Ziel, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verändern, sondern beschränkt sich auf das Management sozialer Symptome. Soziale Missstände werden nicht mehr als Folge eines ungerechten Systems begriffen, sondern als Herausforderungen, die es innovativ zu lösen gilt – effizient, skalierbar und idealerweise mit Marktpotenzial.

Ein zentrales Problem dieser Entwicklung ist die Entpolitisierung. Was einst als kollektives Projekt gegen strukturelle Ungleichheit begann, wird heute als funktionale Dienstleistung präsentiert. Soziale Fragen werden technokratisch behandelt – ihre Ursachen geraten aus dem Blick. Armut, Prekarität oder soziale Ausgrenzung erscheinen nicht mehr als politische Skandale, sondern als Marktsegmente für kreative Lösungen. Der ursprüngliche emanzipatorische Impuls, der auf Selbstermächtigung, Gerechtigkeit und Gemeinwohl abzielte, wird so zu einem Tool in der Toolbox neoliberaler Steuerung.

Hinzu kommt die zunehmende Projektlogik: Viele Initiativen sind heute auf befristete Förderprogramme, Wettbewerbe oder EU-Finanzierungen angewiesen. Der Zwang zur ständigen Innovation führt zu Fragmentierung, kurzfristigem Denken und Ressourcenverschleiß. Statt langfristiger Aufbauarbeit und Beziehungspflege herrscht „Projektitis“ – ein Zustand permanenter Erneuerung ohne strukturelle Tiefe. Die Gefahr besteht darin, dass soziale Arbeit mehr mit PR und Förderlogik als mit nachhaltiger Veränderung zu tun hat.

Diese Logik begünstigt vor allem jene Akteure, die marktfähige, skalierbare und quantitativ messbare Lösungen anbieten können. Wer sich hingegen mit schwer quantifizierbaren Zielen wie Empowerment, Gemeinschaftsbildung oder kollektiver Selbstverwaltung beschäftigt, fällt durch das Raster. Die ursprüngliche Vision einer solidarischen Ökonomie – getragen von lokalen Bedürfnissen, demokratischer Teilhabe und kritischer Reflexion – wird marginalisiert oder als unzeitgemäß abgetan.

Ein weiterer kritischer Punkt ist das demokratische Defizit, das mit dieser Entwicklung einhergeht. Während die frühen Initiativen der Solidarwirtschaft auf Partizipation und Selbstverwaltung setzten,

ist der Einfluss Betroffener heute oft gering. Beteiligung bedeutet meist „Stakeholder-Konsultation“ statt echte Mitentscheidung. Entscheidungen werden extern getroffen, die Rolle der Betroffenen beschränkt sich auf Feedback – wenn überhaupt. Die soziale Wirkung wird von außen gemessen, nicht von innen gelebt. Das Prinzip der Selbstermächtigung weicht dem Modell des sozial begleiteten Konsumenten.

Zudem hat die Fetischisierung von Wirkung (Impact) zu einer weiteren Verengung geführt. Nur was sich in Zahlen ausdrücken lässt, gilt als erfolgreich. Doch viele zentrale Elemente solidarischer Praxis – Vertrauen, Beziehungsarbeit, politische Bildung, kollektive Erfahrung – entziehen sich dieser Logik. Was nicht zählbar ist, wird unsichtbar. Das hat auch Folgen für die Förderpolitik, die zunehmend KPI-gesteuert ist: Wer keine „messbare Wirkung“ vorweisen kann, wird abgehängt.

Die Sprache der Innovation ersetzt dabei immer öfter die Sprache der Solidarität. Sie klingt modern, lösungsorientiert, dynamisch – ist aber nicht neutral. Sie verschiebt den Fokus von struktureller Veränderung hin zu Effizienzsteigerung im Bestehenden. Soziale Innovation wird zur Optimierung sozialer Verwaltung, nicht zur Infragestellung sozialer Verhältnisse.

All das geschieht nicht zufällig. Die Krise von OPE und ähnlichen Projekten Anfang der 2010er-Jahre – inklusive finanzieller Turbulenzen, politischer Reibungen und öffentlicher Kritik – dienten als willkommener Vorwand, um das Modell der basisdemokratischen Solidarwirtschaft zu delegitimieren. An ihre Stelle traten vermeintlich „professionellere“ Akteure, neue Förderstrukturen, ein innovationsgetriebenes Vokabular. Der Paradigmenwechsel wurde als Fortschritt verkauft, war aber in Wirklichkeit eine Entmachtung der ursprünglichen Idee.

In der Summe ergibt sich ein ernüchterndes Bild: Die Sozial- und Solidarwirtschaft Luxemburgs ist auf dem Weg, ihre kritische Substanz zu verlieren. Statt soziale Transformation zu fördern, integriert sie sich zunehmend in ein System, das sie einst hinterfragen wollte. Die Logik der Innovation ersetzt die Logik der Solidarität – und mit ihr verschwinden auch die Möglichkeiten zur echten gesellschaftlichen Veränderung.

Es ist an der Zeit, diese Entwicklung kritisch zu hinterfragen. Nicht um Innovation grundsätzlich zu verdammen – sondern um die Frage zu stellen, wem sie dient, wer mitreden darf und was dabei auf der Strecke bleibt. Denn eine Sozial- und Solidarwirtschaft ohne Solidarität, ohne Demokratie und ohne Systemkritik ist letztlich nur ein sozial dekorierte Markt. Und der kann keine gerechtere Gesellschaft hervorbringen.

Romain Biever

Präsident des Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire (ILES)

[www.iles-ecosol.com](http://www.iles-ecosol.com)

## **De la solidarité à l'impact - Comment l'économie sociale et solidaire luxembourgeoise perd ses racines .**

Réflexions sur le « Global Government Council for Social Innovation » qui s'est tenu du 9 au 11 avril à Luxembourg.

Au début des années 2000 , l'économie solidaire luxembourgeoise se caractérisait par une idée radicale : la justice sociale par l'action collective, l'auto-organisation démocratique et la responsabilité locale. Des projets comme Objectif Plein Emploi (OPE), lancé en collaboration avec l' OGBL, incarnent ce modèle émancipateur. L'objectif n'était pas seulement la réinsertion des chômeurs, mais aussi le développement d'un système économique alternatif qui s'opposait explicitement aux pressions du marché et à la logique de la croissance.

Aujourd'hui, deux décennies plus tard , il ne reste plus grand-chose de cette revendication initiale . Il existe encore des initiatives sociales, soutenues par le Ministère de l'Economie Sociale et Solidaire ou représentées par des réseaux comme l'ULESS. Mais le principe directeur a fondamentalement changé : là où se trouvaient autrefois la solidarité et la participation , des termes tels que « entrepreneuriat social » , « impact » et « innovation sociale dominant désormais » .

Ce changement n'est pas seulement sémantique. Il s'agit d'un changement profond d'orientation politique et économique , avec de graves conséquences pour la cohésion sociale et la culture démocratique. Dans de nombreux cas , la nouvelle génération de projets sociaux ne vise plus à modifier les relations de pouvoir social , mais se concentre plutôt sur la gestion des symptômes sociaux. Les injustices sociales ne sont plus considérées comme le résultat d'un système injuste, mais comme des défis qui doivent être résolus de manière innovante – efficace, évolutive et idéalement avec un potentiel de marché.

Un problème central de ce développement est la dépolitisation. Ce qui a commencé comme un projet collectif contre les inégalités structurelles est désormais présenté comme un service fonctionnel . Les problèmes sociaux sont traités de manière technocratique – leurs causes sont perdues de vue. La pauvreté, la précarité et l'exclusion sociale n'apparaissent plus comme des scandales politiques, mais comme des segments de marché pour des solutions créatives . L'impulsion émancipatrice originelle , qui visait l'autonomisation , la justice et le bien commun, devient ainsi un outil dans la boîte à outils de la gouvernance néolibérale.

A cela s'ajoute la logique croissante des projets : de nombreuses initiatives dépendent aujourd'hui de programmes de financement limités , de concours ou de financements européens. La pression d'innover constamment conduit à la fragmentation, à la pensée à court terme et au gaspillage des ressources . Au lieu d'un travail de développement à long terme et de construction de relations, c'est la « projectite » qui prévaut – un état de renouvellement permanent sans profondeur structurelle. Le danger est que le travail social soit davantage une question de relations publiques et de logique de financement que de changement durable .

Cette logique favorise particulièrement les acteurs capables de proposer des solutions commercialisables , évolutives et quantitativement mesurables . Cependant, ceux qui se concentrent sur des objectifs difficiles à quantifier, comme l'autonomisation, le renforcement de la communauté ou l'autogestion collective , passent entre les mailles du filet. La vision originale d'une économie solidaire – guidée par les besoins locaux , la participation démocratique et la réflexion critique – est marginalisée ou rejetée comme dépassée .

Un autre point critique est le déficit démocratique qui accompagne cette évolution. Si les premières initiatives de l'économie solidaire reposaient sur la participation et l'autogestion, l'influence des personnes concernées est aujourd'hui souvent limitée . La participation signifie généralement une « consultation des parties prenantes » plutôt qu'une véritable codécision. Les décisions sont prises en externe et le rôle des personnes concernées se limite à un retour d'information , voire à un retour d'information. L'impact social se mesure de l'extérieur et non pas se vit de l'intérieur. Le principe d'autonomisation cède la place au modèle du consommateur accompagné socialement.

En outre, la fétichisation de l'impact a conduit à un rétrécissement supplémentaire . Seul ce qui peut être exprimé en chiffres est considéré comme réussi. Mais de nombreux éléments centraux de la pratique de la solidarité – la confiance, l'établissement de relations, l'éducation politique, l'expérience collective – échappent à cette logique. Ce qui ne peut être compté devient invisible. Cela a également des conséquences sur la politique de financement , qui est de plus en plus guidée par les indicateurs clés de performance : ceux qui ne peuvent pas démontrer un « impact mesurable » sont laissés pour compte .

Le langage de l'innovation remplace de plus en plus celui de la solidarité . Cela semble moderne, orienté vers les solutions , dynamique – mais ce n'est pas neutre. Il déplace l'accent du changement structurel vers l'augmentation de l'efficacité des systèmes existants. L'innovation sociale devient une optimisation de l'administration sociale et non une remise en question des conditions sociales .

Rien de tout cela n'arrive par hasard . La crise de l'OPE et des projets similaires au début des années 2010 – notamment les turbulences financières, les frictions politiques et les critiques publiques – a servi de prétexte bienvenu pour délégitimer le modèle de l'économie solidaire de base. Ils ont été remplacés par des acteurs soi-disant « plus professionnels » , de nouvelles structures de financement et un vocabulaire axé sur l'innovation. Le changement de paradigme a été présenté comme un progrès, mais en réalité, il s'agissait d'une remise en cause de l'idée originale .

Dans l'ensemble, le tableau est sombre : l'économie sociale et solidaire luxembourgeoise est en passe de perdre sa substance essentielle. Au lieu de promouvoir la transformation sociale , il s'intègre de plus en plus dans un système qu'il a autrefois voulu remettre en question. La logique de l'innovation remplace la logique de la solidarité – et avec elle les possibilités de véritable changement social disparaissent .

Il est temps d'examiner cette évolution de manière critique. Il ne s'agit pas de condamner l'innovation par principe , mais de se demander à qui elle sert, qui a son mot à dire et ce qui est laissé de côté. Car une économie sociale et solidaire sans solidarité , sans démocratie et sans critique du système n'est en définitive qu'un marché socialement décoré. Et cela ne peut pas produire une société plus juste.

Romain Biever

Président de l'Institut Luxembourgeois de l' Economie Solidaire ( ILES)

[www.iles-ecosol.com](http://www.iles-ecosol.com)